



# HEIMATBRIEF

Aus dem Bundestag – Für das Erzgebirge

## Liebe Freunde, liebe Wähler, liebe Mitglieder und Förderer!

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür – eine Zeit der Einkehr, der Familie und der Werte, die unser Erzgebirge seit Generationen tragen. 2025 war ein Jahr großer Entscheidungen. Ein Jahr, in dem unser Land erneut an die Wahlurne gerufen wurde – früher als geplant – und in dem Ihr uns ein überwältigendes Vertrauen ausgesprochen habt. Dieses Vertrauen erfüllt mich mit Demut und Dankbarkeit.

Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass Missstände, insbesondere im Umgang der früheren Regierung mit den Jahren der Corona-Politik, endlich ans Licht kommen. Es war kein einfacher Weg – aber ein notwendiger. Und ich danke Euch von Herzen für Eure Unterstützung. Gerade in bewegten Zeiten bleibt uns das, was uns hier oben im Erzgebirge stark macht: die Gemütlichkeit der Stuben, der Duft von Stolln und Räucherkerzen, das Licht der Schwibbögen und die Wärme unserer Traditionen.

Denn: „Wenn's Raachermannel nabelt un kee Wort braucht, der Raach ganz still zur Deck' nauf steigt – dann wisse mr, was Friehten is.“

Ich wünsche Euch von Herzen ein friedvolles, gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest. Möge diese Zeit uns allen Ruhe schenken – und Kraft für das neue Jahr, in dem wir weiter gemeinsam für unser Erzgebirge und unser Land einstehen.

**Mit besten Grüßen, Euer Thomas Dietz – Bundestagsabgeordneter der AfD**



# UNSER DEUTSCHLANDPLAN IST DA!

## – DAS SOFORTPROGRAMM IN 12 PUNKTEN

Deutschland steht vor tiefgreifenden Herausforderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Viele Menschen haben erkannt, dass zentrale politische Entscheidungen der vergangenen Jahre das Land vielmehr belastet statt gestärkt haben. Deshalb legen wir ein umfassendes Sofortprogramm vor – einen Deutschlandplan in zwölf Punkten, der aus unserer Sicht sofort wirksam werden kann.

### **Günstige und sichere Energie**

- Sofortiger Ausstieg aus Energiewende
- Stopp der geplanten Sprengung stillgelegter Kernkraftwerke
- Wiedereinstieg in die Kernenergie
- Import von Erdgas und Erdöl zu den günstigsten verfügbaren Konditionen, auch aus Russland

### **Stopp der CO<sub>2</sub>-Bepreisung**

- Ende der Subventionen für Wind- und Solaranlagen
- Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und des Emissionshandels
- Rücknahme des GEG

### **Marktwirtschaft statt Ökosozialismus**

- Aufhebung des Verbrennerverbots
- Abschaffung des Lieferkettengesetzes
- Bürokratieabbau sowie Senkung von Steuern und Abgaben

### **Entfesselungsprogramm für Wirtschaft**

- Weniger Regulierung
- Mehr unternehmerische Freiheit

### **Rückkehr zum Solidarprinzip**

- Volle Sozialleistungen nur für Mitglieder der Solidargemeinschaft
- Bürgergeld ersetzen durch eine aktivierende Grundsicherung

### **Reform der Rente**

- Befreiung des Rentensystems von versicherungsfremden Leistungen
- Aufbau zusätzl. kapitalgedeckter Säulen
- Einrichtung eines staatl. Rentenfonds
- Reform der Beamtenversorgung
- Einbezug von Politikern und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung

### **Geschlossene Grenzen**

- Lückenlose Grenzkontrollen
- Ausnahmslose Zurückweisungen bei fehlender Einreiseberechtigung
- Konsequente Abschiebungen
- Ende systematischer Rechtsverstöße an den Grenzen

### **Migrationsmagneten abschalten**

- Sach- statt Geldleistungen
- Einbürgerung erst nach zehn Jahren erfolgreicher Integration
- Anspruchseinbürgerung abschaffen

### **Staatsausgaben drastisch reduzieren**

- Stopp neuer Schulden
- Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben

### **Klientelpolitik beenden**

- Rückführung staatlicher Subventionen
- Ende der Finanzierung politischer NGOs
- Einstufung der Antifa als Terrororganisation
- Abschaffung der Rundfunkgebühren

### **Strukturreform des Staates**

- Umfassender Bürokratieabbau
- Vereinfachung des undurchsichtigen Fördersystems
- Stärkung von Bürgern und Unternehmen durch niedrigere Abgaben

### **Steuerreform 2025**

- Einheitlich niedrige Steuersätze
- Einführung eines Familiensplittings
- Deutlich erhöhte Freibeträge
- Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags

**Wir als AfD stehen dafür bereit – aus unserer Sicht aus Verantwortung und Verbundenheit mit Deutschland.**

# RÜCKBLICK ZUM 1. KOMMUNALPOLITISCHEN FORUM DER AFD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Am 17. und 18. Oktober fand im Paul-Löbe-Haus in Berlin das erste Kommunalpolitische Forum unserer AfD-Fraktion statt.

Über 500 Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland folgten unserer Einladung – ein starkes Zeichen dafür, wie lebendig, engagiert und breit aufgestellt unsere kommunale Basis ist.

Fast das gesamte Paul-Löbe-Haus war für diese zweitägige Veranstaltung reserviert – neben der großen Halle, in der wir gemeinsam eröffnet und gegessen haben, fanden parallel in zahlreichen Ausschusssälen verschiedene Arbeitsgruppen und Panels statt. Die Themen reichten von Wohnungsnot und Sicherheit über Energie- und Steuerpolitik bis hin zu Gesundheit, Landwirtschaft und Mobilität.

Ich selbst durfte das Panel *Gesundheitspolitik: medizinische Versorgung auf dem Land stärken* leiten und wurde dabei großartig unterstützt von der gesundheitspolitischen Sprecherin im sächsischen Landtag, Katja Dietz. Dort wurde sehr deutlich, dass unser Gesundheitssystem – so, wie wir es kennen – an seine Grenzen stößt. Die Kosten explodieren, während gleichzeitig Haus- und Fachärzte, besonders auf dem Land, fehlen. Viele Teilnehmer berichteten aus eigener Erfahrung, wie dramatisch die Lage vor Ort bereits ist.

Ein besonders ernster Punkt war die zunehmende Belastung unseres Gesundheitssystems durch sog. „Gesundheitstourismus“: Menschen, die über das Asylsystem nach Deutschland kommen, erhalten Zugang zu teuren medizinischen Leistungen, ohne selbst einzuzahlen.



In anderen Ländern der Welt ist das undenkbar – dort muss man für Behandlungen selbst aufkommen oder eine private Auslandskrankenversicherung vorweisen.

Wir haben außerdem über die demografische Entwicklung gesprochen: eine immer älter werdende Bevölkerung, zu wenig Nachwuchs, zu wenig Pflegekräfte. Das System steht unter Druck, und viele Kommunen wissen schon heute nicht mehr, wie sie die Versorgung langfristig sichern sollen.

**Lösungen gibt es** – aber sie brauchen politischen Willen: etwa eine stärkere Förderung von Landärzten, gezielte Ausbildungsoffensiven, eine gerechtere Verteilung der Gesundheitskosten und v.a. eine Politik, die die eigenen Bürger wieder in den Mittelpunkt stellt.

Insgesamt war dieses Forum ein wichtiger Auftakt, um die Erfahrungen, Sorgen und Lösungsansätze aus den Kommunen direkt in die Bundespolitik einzubringen. Ich danke allen für den offenen Austausch. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass unsere Kommunen stark bleiben und unsere Heimat lebenswert bleibt.

# DIE GROSSE KOALITION DER UNVERNUNFT: EIN BILLIONENSCHULDEN-PAKET OHNE GRENZEN

Es ist passiert: Der Bundestag hat ein Schuldenpaket beschlossen, das in seiner Größenordnung jede wirtschaftliche Vernunft sprengt.

Um die 900 Milliarden Euro an neuem „Luftgeld“ sollen aus dem Nichts erschaffen werden – das ist ein Drittel der gesamten Schulden, die Deutschland in 70 Jahren aufgebaut hat. Zum Vergleich: Von 1950 bis 2009 hat die Bundesrepublik in 59 Jahren dieselbe Summe an Schulden gemacht wie nun mit einem einzigen Handstreich.

Was hier beschlossen wurde, ist kein „Sondervermögen“, sondern ein massiver Schuldenbetrug an den kommenden Generationen. Und die CDU – die sich im Wahlkampf noch als Hüterin der Schuldenbremse präsentierte – spielt dieses Spiel nun aktiv mit. Friedrich Merz, der vor der Wahl noch betonte, es werde mit ihm keine Aufweichung geben, einigte sich im Rekordtempo mit SPD-Chef Lars Klingbeil auf dieses Paket. Die Maske ist gefallen: Die vermeintliche Partei der soliden Haushaltspolitik entpuppt sich als williger Komplize eines beispiellosen Finanzskandals.



**Die Konsequenzen? Sie treffen uns alle – und sie sind längst spürbar.**

## **Inflation und steigende Zinsen**

Diese extreme Neuverschuldung wird zwangsläufig die Inflation weiter befeuern. Schon jetzt steigen Preise und Zinsen merklich. Wenn der Markt mit Geld geflutet wird, nutzen Produzenten die Gelegenheit für Preisanpassungen. Die Folge: Die Kaufkraft sinkt rapide – und das trifft besonders die Mittelschicht. Die Gewerkschaften fordern bereits Lohnerhöhungen über 5 %, obwohl die offizielle Inflation nur bei 2,5 % liegt. Doch jeder weiß: Die gefühlte Inflation liegt weit darüber.

Ein Blick auf die Autopreise macht das deutlich:

- 1984: Ein VW Golf kostete 13.490 DM.
- 2000: Schon 26.900 DM – eine Verdopplung.
- 2004: 15.915 Euro. 2014: 18.225 Euro.
- 2025: Einstiegspreis 28.330 Euro. Topmodell: über 54.000 Euro – also rund 108.000 DM!

Ein einfacher Golf ist heute zehnmal so teuer wie ein Käfer in den 60ern. Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Geldentwertung.

## **Der Euro verliert weiter an Wert**

Die Schuldenorgie schwächt die europäische Gemeinschaftswährung massiv. Wer sich erinnert, was man 2014 oder 2004 für sein Geld bekam, sieht die schleichende Enteignung in Echtzeit. Die Preise verdoppeln sich, während Einkommen stagnieren – und die Politik tut so, als wäre das ein Naturereignis. (f.)

# DIE GROSSE KOALITION DER UNVERNUNFT: EIN BILLIONENSCHULDEN-PAKET OHNE GRENZEN

## **Papier ist kein Geld**

Geld ist nur so viel wert, wie das Vertrauen in seine Stabilität. Wenn Staaten unaufhörlich neues Geld „erschaffen“, wird dieses Vertrauen untergraben. Inflation ist nichts anderes als eine stille Enteignung – und sie trifft alle: Rentner, Sparer, Arbeitnehmer.

**„Wer Inflation produziert, enteignet die Menschen – still, schleichend, aber mit voller Absicht.“**

**- Thomas Dietz**

## **Wie kann man sich schützen?**

Die Politik wird die Verantwortung für diesen Wahnsinn nicht übernehmen – die Bürger müssen es selbst tun:

- Investieren in Produktionsmittel, die echte Werte schaffen.
- Eigengenutzter Wohnraum, um sich gegen steigende Mieten zu schützen.
- Sachwerte, die nicht beliebig entwertet oder gelöscht werden können.

Ob Gold und Silber hier eine Rolle spielen, ist eine Frage, die jeder für sich selbst beantworten muss. Klar ist aber: Wer sein Vermögen schützen will, sollte insbesondere auf Werte setzen, die nicht einfach von Dritten entwertet, zerstört oder gelöscht werden können. Denn auch auf digitale Wertanlagen und auf Geld auf Konten kann man im Störfall nicht zugreifen und diese sind für den Krisenschutz nicht gut geeignet. Krisenvorsorge beginnt mit dem Denken in echten Werten – nicht in Versprechen der Politik.



**„Die CDU hat ihre Maske fallen lassen – von solider Haushaltspolitik ist nur noch ein leeres Versprechen geblieben.“**

**- Thomas Dietz**

## **Fazit:**

Die Große Koalition der Unvernunft hat sich formiert. CDU, SPD und Grüne handeln gemeinsam gegen wirtschaftliche Logik, gegen die Interessen der Bürger und gegen jede haushaltspolitische Verantwortung. Wer dieser Politik weiter vertraut, zahlt am Ende den Preis – mit seiner Kaufkraft, mit seiner Zukunft und mit seinem Vermögen.

**„Jeder Euro Schulden von heute ist ein Stück verlorene Freiheit von morgen – und genau deshalb sagen wir: Schluss mit der Schuldenorgie!“**

**- Thomas Dietz**

# INTERFRAKTIONELLES TREFFEN DER GESUNDHEITSPOLITIKER IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Am 16. Oktober fand im Deutschen Bundestag ein interfraktionelles Treffen der Gesundheitspolitiker statt – mit Vertretern aus mehreren Landtagen und dem Arbeitskreis Gesundheit unserer Bundestagsfraktion. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde kamen wir schnell zum Wesentlichen: den realen Problemen im deutschen Gesundheitswesen.

Und eines wurde wieder einmal deutlich – die Herausforderungen sind überall dieselben. Ganz gleich, ob Bayern, Sachsen, Brandenburg oder Niedersachsen: Überall herrscht ein massiver Hausärztemangel, insbesondere im ländlichen Raum. Fachärzte fehlen, Kliniken schließen, und das Krankenhauswesen ist vielerorts in einem desolaten Zustand. Unterfinanzierung, fehlendes Personal, Bürokratie – und die Bundesregierung schaut zu, wie die Versorgung Schritt für Schritt zusammenbricht.

Im weiteren Verlauf haben die gesundheitspolitischen Sprecher der Länder gemeinsam mit uns im Bundestag eine Resolution zum Krankenhauswesen erarbeitet und verabschiedet. Einige Punkte wurden noch angepasst und konkretisiert – aber am Ende stand ein starkes, einstimmiges Signal: So kann und darf es im deutschen Gesundheitswesen nicht weitergehen.

Ich freue mich über den offenen, sachlichen Austausch mit den Kollegen aus den Ländern. Solche Treffen sind wichtig, um die Realität vor Ort ins Parlament zu bringen – weg von Ideologie, hin zu konkreten Lösungen.



Der Abend klang in geselliger Runde mit vielen guten Gesprächen aus – mit spürbarem Einvernehmen darüber, dass wir nur durch ehrliche Analyse und gemeinsames Handeln wieder ein Gesundheitswesen schaffen, das den Menschen dient – nicht der Bürokratie.

## **Forderungen der Gesundheitspolitiker der AfD-Bundestags- und Landtagsfraktion**

- *Reform der Ampelkrankenhauspolitik*
- *Soforthilfe für Krankenhäuser*
- *Faire Finanzierung statt Unterdeckung*
- *Inflationsausgleich*
- *Sicherstellungsauftrag für ländl. Kliniken*
- *Strukturkostenförderung statt Kahlschlag*
- *Rettungswesen stärken*
- *Qualitätssicherung im Interesse der Patienten*
- *Bürokratieabbau für Kliniken*
- *Bessere Personalausstattung*
- *Regionale Eigenverantwortung stärken*
- *Transparenz bei Krankenkassen*

# AUS DEM ALLTAG EINES ABGEORDNETEN UNTERWEGS IM WAHLKREIS UND IM BUNDESTAG



In den vergangenen Wochen kamen zahlreiche Veranstaltungen zusammen – sowohl im Wahlkreis als auch im politischen Alltag in Berlin. Dazu gehörten Infoabende zu regionalen Themen wie dem geplanten Solarpark im Sematal sowie Bürgerdialoge, bei denen Anliegen und Fragen direkt im Austausch besprochen wurden.

Auch saisonale Anlässe wie das Erntedankfest boten Gelegenheit für Gespräche. Darüber hinaus war wieder eine Besuchergruppe aus dem Erzgebirge zu Gast im Bundestag, um vor Ort einen Einblick in die Abläufe, Strukturen und den parlamentarischen Alltag zu erhalten.

# PFLEGEKOLLAPS IN SICHT – REGIERUNG HAT DIE MENSCHEN IN SACHSEN IM STICH GELASSEN

Die heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Landesamtes zur Lage der Pflege in Sachsen bestätigen, was wir als AfD seit Jahren kritisieren: Die Pflege in unserem Land steht kurz vor dem Kollaps – und die Bundesregierung schaut zu.

Über 363.000 pflegebedürftige Menschen in Sachsen im Jahr 2023. Das ist mehr als doppelt so viel wie noch 2013. Natürlich spielt der demografische Wandel eine Rolle – aber das allein erklärt diese dramatische Entwicklung nicht. Seit der Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs 2017 wird schneller und häufiger eingestuft, ohne dass dafür ausreichend Personal oder finanzielle Mittel geschaffen wurden. Es wurde versprochen – aber nicht geliefert.

Neun von zehn Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Das heißt: Angehörige, die aus Liebe helfen, leisten die Hauptarbeit – und sie werden im Stich gelassen.

Die Kosten steigen hingegen rasant:

- Pflegeleistungen ambulanter Dienste + 54 %
- Pflegeheimplätze + über 100 % in nur acht Jahren.
- Gleichzeitig ist der Personalzuwachs völlig unzureichend. Ja, es gibt heute rund 18.300 Beschäftigte mehr als 2013. Aber:
- Immer mehr Pflegekräfte sind selbst über 60 Jahre alt.
- Nachwuchs bleibt aus.
- Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die Bezahlung unzureichend, Bürokratie und Überregulierung lähmen den Alltag.

## **Und was tut die Bundesregierung?**

Sie setzt auf Rekrutierung aus Ländern, die selbst kaum funktionierende Gesundheitssysteme haben, statt endlich den Pflegeberuf in Deutschland attraktiv zu machen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Das ist weder sozial noch nachhaltig – es ist verantwortungslos.

**Wir als AfD sagen klar:** Es braucht eine epochale Pflegereform, nicht kosmetische Korrekturen.

## **Unsere Forderungen:**

1. Deutliche Anhebung der Leistungen für pflegende Angehörige – sie tragen das System.
2. Klare Kompetenz- und Verantwortungsdefinitionen für Pflegekräfte, bevor man ihnen zusätzliche Aufgaben überträgt.
3. Massiver Abbau der Bürokratie in Pflegeeinrichtungen – damit Pflegekräfte endlich wieder pflegen können.
4. Faire und nachhaltige Finanzierung statt ständiger Beitragserhöhungen.
5. Stärkung der ambulanten Pflege, damit Menschen möglichst lange im eigenen Zuhause bleiben können.
6. Rückgewinnung und Bindung von Fachkräften, statt Abhängigkeit von Auslandsrekrutierung.

Unser Pflegesystem darf nicht zur sozialen Belastungsfalle werden – weder für Pflegebedürftige noch für Angehörige oder Pflegekräfte.

Die Zahlen des Statistischen Landesamtes sind ein Warnsignal.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Pflege in Sachsen in wenigen Jahren nicht mehr sicherzustellen sein.

**Ich bleibe dran. Für unsere Familien.  
Für unsere Pflegekräfte.  
Für unser Sachsen.**

# RÜCKBLICK: „35 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT“ FESTVERANSTALTUNG AM 9. NOVEMBER

Der 9. November ist für uns Ostdeutsche kein Datum, das man einfach nur im Kalender liest. Viele von uns tragen diesen Tag im Herzen.

Und deshalb war es mir wichtig, gestern bei der Festveranstaltung im Bundestag „**35 Jahre Deutsche Einheit**“ dabei zu sein. Wir haben als AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag bewusst an jenem Datum zu einer Gedenk- und Festveranstaltung eingeladen, an dem 1989 die Mauer fiel – an dem Menschen in Ostdeutschland mit Mut, Entschlossenheit und ganz viel persönlichem Risiko das Tor zur Freiheit selbst geöffnet haben. Dieser Tag gehört uns, dem Volk. Und er gehört ins Bewusstsein zurück.

Schon am frühen Nachmittag füllte sich das Foyer des Paul-Löbe-Hauses. Viele Gäste waren aus den Bundesländern angereist: ehemalige Bürgerrechtler, Zeitzeugen der Wende, Menschen, die diese Jahre am eigenen Leib erlebt haben – und die auch heute noch um die Wahrung dessen ringen, was damals erkämpft wurde. Menschen, die die friedliche Revolution nicht aus Geschichtsbüchern kennen, sondern aus ihrem eigenen Leben. Das hat man gespürt.

Musikalisch wurde die Veranstaltung von einem Streichquartett begleitet sowie Posaunisten aus unserer Heimat, dem Erzgebirge, was dem Raum eine besondere Atmosphäre gegeben hat. Und als am Schluss die Nationalhymne erklang, stand jeder mitsingend und als Teil einer gemeinsamen Geschichte.

Besonders bewegend war die Podiumsdiskussion, die von Dr. Götz Frömmerling moderiert wurde.



Historische Einordnung, persönliche Erinnerungen, politische Verantwortung heute – das alles wurde nicht abstrakt verhandelt, sondern sehr klar und direkt angesprochen.

Die Bürgerrechtlerin Angelika Barbe war dabei für mich eine der eindrucksvollsten Stimmen.

Jahrzehntelang hat sie die Erinnerung an die friedliche Revolution wachgehalten – oft gegen Widerstände, auch gegen mediale Ausgrenzung. Ihre Haltung ist mutig und aufrecht.

Die Themen von damals sind nicht erledigt. Freiheit muss verteidigt werden – besonders wieder in den heutigen Zeiten.

Ich bin dankbar, für alles, was dieser Tag ins Gedächtnis gerufen hat – denn der 9. November mahnt uns:

**Die Freiheit, die wir einmal hatten, ist nichts Selbstverständliches.**

**Sie kann erkämpft werden – und sie kann verloren gehen.**

**Unsere Aufgabe bleibt, sie zu bewahren.**

# REGIERUNG STARTET NEUE IMPFKAMPAGNE – ÜBER DREI MILLIONEN EURO STEUERGEDL FÜR WERBUNG

Anlässlich der von der deutschen Bundesregierung **neu gestarteten Impfkampagne „Zusammen geschützt“**, die unter anderem für Impfungen gegen COVID-19, Grippe und RSV wirbt, hat der erzgebirgische Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Gesundheitsausschuss der AfD, Thomas Dietz, die Bundesregierung nach den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln befragt.

Nun liegt die Antwort des Bundesministeriums für Gesundheit vor. Der Abgeordnete Thomas Dietz erklärt dazu:

„Laut Antwort der Bundesregierung wurden für die aktuelle Impfkampagne mehr als 3,1 Millionen Euro Steuergeld veranschlagt.

Allein für Druckkosten, Logistik, Großflächenplakate und Mediaschaltungen wurden über drei Millionen Euro ausgegeben – mitten im Herbst 2025, also zu einer Zeit, in der längst bekannt ist, dass die Corona-Impfung oft mehr Schaden als Nutzen gebracht hat. Es ist für mich völlig unverständlich, wie man heute Millionen für Werbung ausgeben kann, während gleichzeitig eine ehrliche Aufarbeitung der damaligen Impfpolitik noch immer fehlt.

Noch immer findet keine wissenschaftliche Evaluierung statt, noch immer warten Geschädigte auf Anerkennung und Unterstützung – und anstatt endlich Verantwortung zu übernehmen, macht die Bundesregierung einfach weiter, als wäre nichts geschehen.

Wer heute großflächig plakatiert, mit Slogans wie ‚Die Corona-Impfung schützt Ihre Gesundheit‘, der ignoriert schlichtweg die Realität.

Das ist vorsätzlich und grob fahrlässig! Das ist vergleichbar, als hätte man nach dem Contergan-Skandal noch einmal eine Werbekampagne für Contergan gestartet – so etwas kann man sich kaum vorstellen, und doch geschieht es gerade.

**Ich fordere die Bundesregierung auf, diese Kampagne sofort zu stoppen. Es bedarf endlich einer ehrlichen Aufklärung, statt Menschen mit Werbung zu täuschen.“**



# BITTERE ABRECHNUNG MIT DER CO<sub>2</sub>-GEBÄUDESANIERUNG – EIN WEITERES BEISPIEL GRÜNER REALITÄTSVERWEIGERUNG

Wieder erleben wir dasselbe Muster dieser Bundesregierung und der EU: Erst werden ideologisch aufgeladene Projekte mit großem Pathos verkündet, als ginge es um die Rettung des Planeten. Dann werden Milliarden Steuergeld in Maßnahmen gepumpt, die weder wirtschaftlich tragfähig noch praktisch wirksam sind. Und wenn die Realität sich nicht an die grünen Wunschvorstellungen hält, rudert man still zurück. Genau das sehen wir jetzt bei der sogenannten CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung.

Jahre lang haben sich EU und Bundesregierung in eine Dämmstoff-Euphorie hineingesteigert. Häuser wurden mit Millionenaufwand „energetisch saniert“, Bauvorschriften ins Absurde getrieben, und wer sich das nicht leisten konnte, wurde moralisch unter Druck gesetzt. Das Ergebnis? Milliarden verschwendet – für minimale Effekte. LEG-Chef Lars von Lackum bringt es auf den Punkt: Zwischen 2010 und 2022 flossen rund 45 Milliarden Euro in Gebäudedämmung – doch der Energieverbrauch sank nur um ein Prozent. Das ist kein Klimaschutz, sondern Ressourcenverschwendung und wirtschaftlicher Selbstmord. Ich habe viele Jahre in der Baubranche gearbeitet und die Probleme früh gesehen. Opportunismus sitzt jedoch nicht nur in der Politik, sondern auch in den Spitzen der Wohnungswirtschaft. Während man sich in Berlin und Brüssel selbst feiert, zahlen die Bürger die Zeche: Baukosten explodieren auf 4.473 € pro Quadratmeter, Sanierungen treiben Mieten nach oben und die Heizkosten steigen 2025 um weitere 15 %.

Wohnen wird unbezahlbar, Eigentum unerreichbar – und das Klima bleibt unbeeindruckt. Dazu kommen technische Probleme, die niemand bedacht hat: Überdicht gedämmte Häuser brauchen teure Lüftungsanlagen, sonst drohen Feuchtigkeit und Schimmel. Die Komplexität steigt, der Nutzen sinkt. Das ist kein Fortschritt, sondern Bürokratie-Irrsinn.

Bezeichnend ist, dass nun sogar die Wohnungswirtschaft eine Neubewertung der Förderpolitik fordert. Man begreift langsam, dass ideologische Wunschträume keine funktionierende Wirtschaft schaffen.

Was wir brauchen, ist Vernunft statt Verbotspolitik, Technologieoffenheit statt Zwangsmaßnahmen – und Ehrlichkeit in der Klimadebatte. Nicht jedes Gramm CO<sub>2</sub> ist eine Sünde, und nicht jede Dämmplatte ein Fortschritt. **Die AfD fordert seit Jahren realistischen, marktwirtschaftlichen und sozialverträglichen Klimaschutz – nicht auf dem Rücken der Bürger. Doch der Schaden ist angerichtet – und wieder zahlen die Menschen die Rechnung.**



# DIE GASSPEICHER IN DEUTSCHLAND SIND GEFÄHRLICH LEER – UND NIEMAND SCHEINT DAS WIRKLICH ERNST ZU NEHMEN.

74,8 Prozent Füllstand im November 2025, mitten vor Beginn der Heizperiode – das ist nicht „versorgt“, das ist ein Alarmzeichen. Noch vor wenigen Jahren lagen die Speicher zu dieser Zeit über 90 Prozent. Jetzt sind sie rund zwölf Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt.

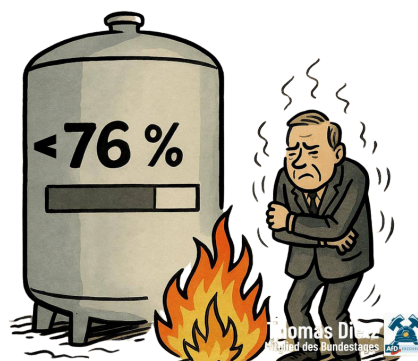
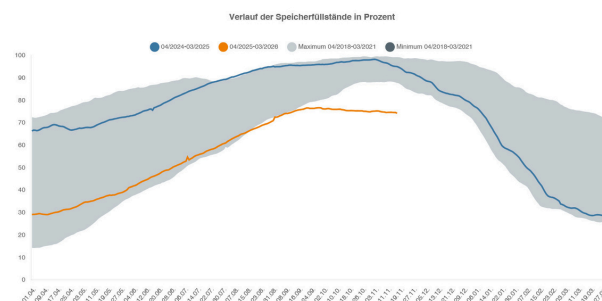
Und während Nachbarländer wie Belgien oder Frankreich ihre Speicher längst auf über 80 oder gar 90 Prozent gefüllt haben, vertraut die Bundesregierung blind auf Marktmechanismen und politische Parolen.

Das ist keine Energiepolitik – das ist Ideologie. Eine gefährliche Mischung aus grüner Selbstzufriedenheit und wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit.

Dieselben Leute, die 2022 noch die Bevölkerung auf harte Winter vorbereitet haben, erklären uns heute, 76 Prozent seien kein Problem. Doch das ist ein Irrtum. Es ist der typische Reflex dieser Regierung: Probleme schönreden, statt sie zu lösen. Die Wahrheit ist: Deutschland steht wieder einmal nackt im Wind. Der Winter war kälter als erwartet, die Industrie verbraucht wieder fast so viel Gas wie vor dem Krieg in der Ukraine – und trotzdem wurden die Speicher nicht rechtzeitig aufgefüllt. Warum? Weil Gas im Sommer teuer war. Weil sich die Händler das Einspeichern nicht leisten konnten oder wollten. Weil man auf die sogenannte „Flexibilität“ der LNG-Terminals vertraut hat. Drei schwimmende Terminals, die man uns als neue Unabhängigkeit verkauft – aber sie sind teuer, anfällig und völlig abhängig von globalen Märkten. Was passiert, wenn der Winter lang und frostig wird, wenn Lieferungen aus Norwegen oder den Niederlanden stocken, wenn die Weltmärkte wieder anziehen?

Dann stehen wir erneut vor der Frage, die niemand hören will: Reicht das Gas? Diese Energieideologie hat uns abhängig, verwundbar und erpressbar gemacht. Man hat russisches Pipelinegas geopfert, ohne echte Alternativen aufzubauen. Man hat Kernkraftwerke abgeschaltet, als wäre Energieerzeugung eine moralische Frage statt eine strategische. Und man verkauft uns das alles noch als Erfolg – als „grüne Transformation“. In Wahrheit regiert heute der Zufall: Wenn es mild bleibt, haben wir Glück. Wenn nicht, wird es teuer. Das ist kein Energiesystem – das ist ein Glücksspiel mit der Zukunft unseres Landes. Höchste Zeit, wieder Vernunft über Ideologie zu stellen. Wir brauchen Speicher, die voll sind, nicht Regierungsfloskeln, die hohl sind. Wir brauchen Verträge, die Sicherheit schaffen, nicht Pressternine, die Schlagzeilen produzieren.

Deutschland braucht eine Energiepolitik, die sich an physikalischer Realität, wirtschaftlicher Vernunft und nationalem Interesse orientiert!



# DAS "HABECK-PRINZIP":

## QUALITÄT WIRD ABGESCHAFFT, ALLES WIRD GLEICH SCHLECHT

Ich sage es, wie es ist: Wir erleben gerade den systematischen Abbau von Qualität. Von Anspruch. Von Haltung. Von Ethik. Alles wird glattgezogen – nach unten. Früher gab es einen einfachen Maßstab: Wer etwas konnte, wurde respektiert. Wer nichts konnte, hörte zu, lernte, wuchs – oder scheiterte. So funktioniert Leben. So funktioniert Fortschritt. So funktioniert ein Land. Heute? Alle sollen gleich sein. Aber nicht gleich gut. Gleich schlecht. Wettbewerb? „Ungerecht.“ Exzellenz? „Elitär.“ Fleiß? „Toxisch.“ Disziplin? „Autoritär.“

Das ist das, was Boris Reitschuster absolut zutreffend das „Habeck-Prinzip“ genannt hat: Wenn man lange genug danebenliegt, aber dabei gut aussieht und sich moralisch überlegen fühlt, wird man nicht abgesetzt – man wird befördert. Und das ist kein Zufall, das ist System.

### Das Ergebnis sehen wir überall:

- Politiker ohne Kompetenz
- Manager, die Millionen versenken und dafür „Vertrauensverlängerung“ bekommen.
- Trainer, die nach einem 0:6 von „Lernchance für ihre Persönlichkeit“ reden.

Es geht nicht mehr um Erfolg. Es geht nicht mehr um Verantwortung.

Es geht nicht mehr um Ergebnisse.

Es geht darum, den richtigen Tonfall zu treffen. Die richtige Betroffenheitsfalte im Gesicht. Die richtige Sprache aus dem Seminar „Authentische Führung für Menschen ohne Fähigkeiten“. Und weil alle nur noch angenehm klingen wollen, klingt am Ende alles gleich. Gleich korrekt. Gleich weich. Gleich leer. Früher gab es Meister ihres Fachs. Menschen, die den Beruf kannten, das Handwerk, die Sache, das Leben. Heute gibt es Rollenspieler.



Figuren, die aussehen wie Chefs, Minister oder Trainer – aber alles, was sie wirklich können, ist Sprechen. Und deswegen braucht die Gesellschaft eine Ideologie, die ihnen das Können erspart: *Leistung ist faschistisch.*

*Erfolg ist Privileg. Scheitern ist mutig.*

So wird das Mittelmaß heilig. Das Schlechte wird normalisiert. Und das Gute wird lächerlich gemacht. Ich komme aus einer Zeit, da wollte jeder besser werden. Da hat man sich angestrengt. Da gab es Stolz – aber verdienten Stolz. Heute wird der Stolz verschenkt wie Buntstifte im Kindergarten. „Ganz toll gemacht!“ – auch wenn es objektiv eine Katastrophe war. So bekommt man keine Gesellschaft von Erwachsenen.

So bekommt man eine Gesellschaft von beleidigten Kindern, die Führungspositionen besetzen. Und nein – das ist kein Kulturkampf der Meinungen. Das ist ein schlichter, sichtbarer, messbarer Abstieg. Und ein Land, das aufhört, Qualität zu wollen, wird sehr schnell ein Land, das keine Qualität mehr hat. Und dann – ja. Dann bleibt nur noch Auswandern oder Widerstand.

# ANFRAGE (DRS 21/1410) OFFENBART: BUNDESREGIERUNG BESTÄTIGT GEBURTENRÜCKGANG, VERWEIGERT ABER URSACHENFORSCHUNG

Die Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Thomas Dietz (AfD) zur Entwicklung der Geburtenzahlen seit Beginn der COVID-Impfkampagne (Drs 21/1410) liegt nun vor. Daraus geht hervor, dass es seit Anfang 2022 zu einem deutlichen und bundesweit erkennbaren Rückgang der Geburtenzahlen gekommen ist.

Dazu Thomas Dietz: „Die Bundesregierung bestätigt selbst, dass insbesondere zu Beginn des Jahres 2022 ein markanter Einbruch der Geburtenzahlen stattgefunden hat. Allein zwischen Januar-März 2022 lagen die Rückgänge teilweise bei bis zu 13% ggü. dem Vorjahr. Gleichzeitig zeigen die vom Bund bereitgestellten Tabellen eine flächendeckende und anhaltende Abnahme über nahezu alle Bundesländer hinweg – von bundesweit 9,7 Geburten je 1.000 EW im Jahr 2021 auf nur noch 8,1 im Jahr 2024. In Berlin etwa von 11,0 auf 9,2, in Brandenburg von 7,6 auf 5,9. Die Daten sagen klar: überall runter. Doch anstatt diese auffällige Entwicklung wissenschaftlich zu prüfen, erklärt die Bundesregierung, es sei keine entsprechende Auswertung durchgeführt oder beauftragt worden. Es wurden keine Korrelationen zwischen Impfquoten und Geburtenzahlen berechnet, keine Unterschiede zwischen Regionen mit hoher und niedriger Impfquote untersucht, keine Stadt-Land-Vergleiche vorgenommen, keine zeitlichen Zusammenhänge analysiert. Es ist bemerkenswert, dass man die Daten erhebt, den Rückgang benennt, aber die Ursachen nicht erforscht. Wer keine Korrelation rechnet, erklärt den Zufall zur Politik. Hinzu kommt: Während im europäischen Pharmakovigilanz-Gremium PRAC nachweislich Zyklus-

störungen im Zusammenhang mit den COVID-Impfungen behandelt wurden, hat die Regierung keinen Schritt unternommen, daraus die nahe-liegende Frage zur Fertilität und Geburtenentwicklung abzuleiten.

Das entscheidende Prüfglied bleibt einfach offen. Man verweist stattdessen auf Studien zu Fehlbildungen und Schwangerschaftsverläufen – also auf völlig andere Fragestellungen. Die zentrale Hypothese, ob der Geburtenknick zeitlich mit dem Impf-Peak zusammenfällt und ob dies untersucht werden muss, wird nicht einmal statistisch berührt. Das ist selektive Evidenz und politische blinde Flecken. Wenn ein so deutlicher, landesweiter demografischer Einschnitt stattfindet und die Bundesregierung zugleich erklärt, keinerlei Untersuchungen durchzuführen oder zu planen, dann ist das kein wissenschaftliches Vorgehen, sondern eine bewusste Entscheidung, nicht hinzusehen. Von 9,7 auf 8,1 in drei Jahren – die Zahlen schreien, die Regierung schweigt zur Ursache. Ich sage es deutlich: *Der Geburtenrückgang ist amtlich bestätigt – aber die Ursachen bleiben amtlich ungeprüft. Wenn eine Regierung eine Impfkampagne aktiv bewirbt und durchsetzt, dann hat sie im Anschluss die Pflicht, die Auswirkungen objektiv und vollständig zu evaluieren. Alles andere beschädigt das Vertrauen in staatliches Handeln.* Ich fordere deshalb unverzüglich unabhängige, wissenschaftlich saubere Untersuchungen. Wir brauchen Transparenz, Datenanalyse und eine ehrliche Aufarbeitung. Die Menschen in diesem Land verdienen eine Regierung, die nicht wegschaut, wenn die Zahlen sich verändern.

# NEUES AUS DEM BUNDESTAG: DER UMGANG MIT DER OPPOSITION

Kürzlich hat sich einmal mehr gezeigt, wie mit der AfD in diesem Land umgegangen wird. Nicht nur im politischen Raum – sondern inzwischen in den Gebäuden des Bundestages.

## **1. Der Vorfall Unter den Linden 50**

Ein mir namentlich nicht bekannter Fotograf, aber von Zeugen bereits mehrfach auf einschlägigen Demos gesichtet, mit Presseausweis und Akkreditierung, konnte ohne jede Begründung durch die Sicherheits-schleuse gehen – und zwar direkt ins Gebäude Unter den Linden 50. Er begab sich gezielt in die erste Etage, in den Bereich, wo sich unter anderem auch unsere Büroräume befinden. Dort fotografierte er durch die Glasfront hindurch in einen internen Sitzungsraum – mit Kamera und Teleobjektiv. Das ist Ausspähung und Einschüchterung! Unsere Mitarbeiter fühlen sich dadurch bedroht. Es geht hier nicht um Parlamentarier – es geht um die, die täglich für uns arbeiten, die keine Zielscheiben sein dürfen. Dass ein solcher Fotograf mit Zugangspapieren des Bundestages ohne Anlass in unsere Räume fotografieren konnte – das ist ein Skandal, der aufgeklärt werden muss. Demnächst fotografiert man vielleicht noch unsere Schreibtische, wenn Pressefotografen durch die Büroetagen streifen und eine offene Tür vorfinden, weil der Mitarbeiter oder der Abgeordnete kurz am Etagedrucker ist.

## **2. Die Aktuelle Stunde zu „AfD & Russland“**

Am selben Tag wurde erneut versucht, die AfD öffentlich zu diskreditieren – mit der altbekannten Erzählung, wir seien ein „trojanisches Pferd“ Russlands. In der Aktuellen Stunde wurde ich persönlich mehrere Male erwähnt.

Während ich zeitgleich mit einer Besuchergruppe aus dem Erzgebirge unterwegs war. Die Debatte selbst war bezeichnend: Viel Behauptung. Viel Inszenierung. Keine Beweise, weil es keine gibt. Wenn es sie gäbe, wären wir längst abgeführt worden – das hat mein Kollege Markus Frohnmaier bereits deutlich gesagt

## **3. Die Debatte über Gewalt gegen Politiker**

Welch Ironie, dass ausgerechnet dieser Tag mit einem eindringlichen Appell von der Bundestagspräsidentin Julia Klöckner begann – gegen Gewalt und Einschüchterung von Abgeordneten, ausdrücklich auch gegen den Brandanschlag auf das Auto meines Kollegen Bernd Baumann und gegen jede Form politischer Aggression.

Man verurteilt Gewalt in Reden – und ermöglicht gleichzeitig genau jene Atmosphäre, in der solche Angriffe möglich und für manche sogar legitim erscheinen. Wer eine Partei systematisch diffamiert, delegitimiert, ausschließt – der trägt Mitverantwortung dafür, wenn Menschen glauben, Gewalt gegen diese Partei sei „gerechtfertigt“.

Dieser Tag war ein Spiegel der politischen Realität in Deutschland: Verbal auf der Bühne Empörung, hinter den Kulissen Duldung – und draußen auf der Straße die Konsequenzen davon.

Wir müssen sicherstellen, dass die Mitarbeiter unserer Fraktion den Schutz erhalten, den sie verdienen.

Demokratie heißt nicht, dass man nur seine Freunde schützt. Demokratie heißt, dass man das Recht schützt – auch dann, wenn man die Menschen dahinter nicht mag. Und genau das ist gestern nicht passiert. Das darf nie wieder vorkommen.

# 180 MILLIARDEN NEUE SCHULDEN: BUNDESHAUSHALT 2026 IST EINE FISKALISCHE BANKROTTERKLÄRUNG!

Anlässlich der Bundestagsdebatte zum Haushaltsplan 2026 kritisiert der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Dietz die Finanzplanung der Bundesregierung als verantwortungslos, intransparent und schädlich für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft: „Der vorgelegte Haushalt ist und bleibt ein Schuldenrausch. Die Regierung plant 2026 Ausgaben von 525 Milliarden Euro – vier Milliarden mehr als noch in der ersten Lesung. Allein im Kernhaushalt liegen wir bei 98 Milliarden Euro neuen Krediten, dazu kommen über 82 Milliarden Euro aus Sondervermögen. Insgesamt sprechen wir also von 180 Milliarden Euro Neuverschuldung, was 34 Prozent der gesamten Ausgaben entspricht. Das ist eine fiskalische Bankrotterklärung und alles andere als nachhaltige Haushaltspolitik. Für ein erwartetes Wachstum von nur einem Prozent ist das unverantwortlich und ein klarer Ausverkauf unseres Landes. Gleichzeitig explodiert die Zinslast bis 2029 auf 62 Milliarden Euro – fünfmal so viel wie 2019. Mit solchen Defiziten reiht sich Deutschland in die Gruppe der wirtschaftlich angeschlagenen EU-Staaten ein. Beim Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung brauchen wir endlich Ehrlichkeit: Wir fordern eine Erhöhung um vier Milliarden Euro auf insgesamt 18,5 Milliarden Euro, beziehungsweise 20,8 Milliarden inklusive Darlehen.“

Das ist notwendig, um versicherungsfremde Leistungen korrekt abzubilden. In der Forschungspolitik ist es genauso ernüchternd. Für die Long-Covid Forschung und Nachsorge wurden nun in den Haushaltsbereinigungsverhandlungen für 10 Jahre 500 Millionen Euro geplant. Ich habe die Gesundheitsministerin eindringlich aufgefordert, diese Mittel auch für die dringend notwendige Forschung in der Differentialdiagnostik zwischen Long Covid und Post-Vac einzusetzen. Denn hier fehlen bis heute gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse vollständig. Besonders alarmierend ist, dass die Bundesregierung selbst massive Datenlücken bei der Evaluierung der Covid-Impfstoffe einräumt. Für ein Land, in dem jeder Hühnerbestand lückenlos beim Amt gemeldet werden muss, sind diese Zustände vollkommen untragbar. Wenn der Staat beim Bürger jedes Detail kontrolliert, aber bei Impfstoffen angeblich nichts weiß, dann ist das kein Zufall. Wer nichts zu verbergen hat, würde Daten nicht schwärzen oder löschen. Ich fordere daher, alle verfügbaren Daten vollständig zu sichern und endlich ergebnisoffen auszuwerten. Nur so können wir aus den Fehlern der vergangenen Jahre lernen und verhindern, dass wir erneut in kopflose, schädliche Maßnahmen hineinstolpern.“

